

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Anwesenden,

meine Rede steht heute ganz unter dem Motto der „**Generationengerechtigkeit**“. Herr Oberbürgermeister, Sie sagten in Ihrer Rede, Sie wollen nicht die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen einschränken. Frau Erste Bürgermeisterin, Sie beschreiben die Generationengerechtigkeit in Ihrer Rede als schwierige Zukunftsaufgabe, die den Willen eines jeden Einzelnen erfordert, konstruktiv mitzuwirken. Doch nicht nur die Frage der Verschuldung und der Haushaltssituation führt zu einer Generationengerechtigkeit, sondern auch die vielen getroffenen und zu treffenden Investitionen in unsere Stadt, in unsere Infrastruktur, in unsere Gebäude und Straßen, in unsere Vereine und deren Projekte tragen zur Gerechtigkeit bei. **Generationengerechtigkeit** bedeutet, alles so vorzubereiten, dass zukünftige Generationen noch immer dieselben Möglichkeiten und Voraussetzungen haben, wie wir heute. Frau Finanzbürgermeisterin würde sagen: „Kreditaufnahmen sind nicht per se negativ, insbesondere wenn wir damit nachhaltige Werte schaffen“. Die Balance zu finden aus zukunftsfähigem Investieren und klugem Sparen – das, meine Lieben, ist **Generationengerechtigkeit**.

Auch meine Fraktion möchte sich dem Sparen anschließen. Aber: Wir wollen nichts kaputtsparen! Höchste Priorität hat für uns, keine Kürzungen für bewährte und vorbildliche Institutionen aus Sozialem und Kultur vorzunehmen. Wir wollen die Aufrechterhaltung unserer vielfältigen Sozial- und Kulturlandschaft und nehmen uns heraus, diese wo notwendig, weiter zu stärken. Pauschale Einsparungen und Kürzungen wird es mit uns nicht geben!

Stattdessen möchten wir weiter investieren in die größten Verlierer dieser Pandemie: Familien, Kinder und Jugendliche. Das psychische Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen hat sich in der Pandemie verringert und das Risiko für Hyperaktivität, Adipositas, emotionale Instabilität und andere Verhaltensveränderungen ist gestiegen. Dem müssen wir entgegenarbeiten. Unsere Stadt bietet dafür vielfältige Strukturen und Angebote. Selbstverständlich dürfen diese nicht angetastet werden.

Im Gegenteil: Adäquate Beschäftigungs- und Bewegungsangebote müssen noch attraktiver werden. Wir haben eine Vielzahl von Sport- und Spielplätzen. Aber es gibt eine Menge Verbesserungspotenziale, etwa bei der Sicherheit, der Ausstattung oder der Beleuchtung.

Des Weiteren fordern wir den Ausbau kultureller Treffpunkte, für alle, aber vor Allem für junge Menschen. Gerade für diese sind solche Treffpunkte unerlässlich. Vor dem Hintergrund der ohnehin gebeutelten Clubszene, braucht es hier unsere Unterstützung. Um diese anzukurbeln, beantragen wir die Einstellung eines Nachtbürgermeisters, wie es ihn beispielsweise in Mannheim, Mainz oder Heidelberg bereits gibt. Dieser soll die Kommunikation zwischen Stadtverwaltung, Clubbetreibern und jungen Menschen verbessern und weitere Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen.

Ich brauche Ihnen nicht erklären, warum auch - oder gerade - das Nachtleben so wichtig für junge Menschen ist. Sie alle waren einmal jung, manche von Ihnen sind es heute noch, manche sogar Ewiggestrige. Denn unsere Kinder, unsere Jugendlichen, unsere jungen Erwachsenen, auch diejenigen, die noch nicht wählen dürfen, nicht aus den Augen zu verlieren, ist für uns gelebte **Generationengerechtigkeit**.

Das Sozialwesen unserer Stadt ist gut. Doch dennoch gibt es eine Vielzahl von Institutionen und Vereinen, die noch mehr gestärkt werden müssen, um noch mehr Menschen helfen zu können. Sie erfüllen für uns wertvolle Aufgaben und tragen zur funktionierenden Stadtgesellschaft von morgen und übermorgen bei. Auch hier können wir es uns nicht erlauben, Kürzungen vorzunehmen.

Stärken möchten wir die Kurzzeitpflegeplätzen, die pflegenden Angehörigen kurze Erholungsphasen gewähren sollen. Zudem hoffen wir auf die Verwaltung, dass bei in der Zukunft geplanten Wohnbauprojekten noch viel mehr auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten einkommensschwacher Menschen und Menschen mit Behinderungen eingegangen wird. Dazu sollte zum Beispiel der Anteil von mietpreisgebundenem Wohnraum deutlich erhöht werden. Denn auch das ist **Generationengerechtigkeit**.

Herr Oberbürgermeister, Sie sagten in Ihrer Rede: „Die Stadtgesellschaft erwacht!“. Nachdem diese Erkenntnis bei Ihnen angelangt ist, ist es an der Zeit, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Bedeutet, wir müssen die Hilfe für gesellschaftlich oder ehrenamtlich getragene Projekte erweitern. Dazu gehören ausdrücklich die niederschweligen Nachbarschafts- und Coronahilfen. An dieses nicht selbstverständliche Engagement sollten wir ein großes Dankeschön richten. Gestärkt werden muss auch der gesellschaftliche Kampf gegen Rechts, Rassismus und jegliche Form von Gewalt und Diskriminierung – auch im Sinne der Istanbulkonvention.

Besonders hervorzuheben sind für uns all diejenigen Projekte, die sich um die Ausstattung, Betreuung, Bildung und Integration von nach Karlsruhe geflüchteten Menschen kümmern. Hier ist jeder Euro sehr gut angelegt. Wir verlangen schon heute, dass die Stadt nach den globalen Krisen der letzten Jahre und im Hinblick auf anstehende globale Krisen, Kapazitäten zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aufbaut. Dies könnte auch ein Beweggrund gegenüber der – bald neuen - Innenministerin sein, mehr in Not geratene Menschen in Karlsruhe betreuen zu dürfen. Hier können wir beweisen, dass wir der Verantwortung, die mit dem Beschluss des „Sicheren Hafens Karlsruhe“ einhergeht, gerecht werden. Das trägt in hohem Maße zu einer **globalen Generationengerechtigkeit** bei.

Vorrang hat für uns die Stärkung des Karlsruher Passes sowie des Kinderpasses. Diese haben sich in Karlsruhe bewährt. Mit ihnen soll es künftig wieder kostenfreien Eintritt in den Zoo oder unsere Bäder geben. Auch muss die Bekanntheit unserer Sozialpässe noch deutlich gesteigert werden, dass das Angebot an möglichst wenigen Menschen vorbeigeht.

Bildung muss kostenfrei sein. Denn nur kostenfreie und qualitativ hochwertige Bildung für alle gewährt Chancengleichheit. Die heute Jungen zu fördern, das ist **Generationengerechtigkeit**. Dazu gehört, dass keine Gebühren für sämtliche Bildungseinrichtungen erhoben werden. Diese Gebührenfreiheit muss bei den Kitas anfangen und darf bei den Schulen nicht aufhören. Zu diesen gehören selbstverständlich auch Fachschulen. Auch gestärkt werden muss die Schulsozialarbeit – diese fängt Probleme ab, wo sie entstehen und nicht erst Jahre später und stellt somit einen wichtigen Teil unserer sozialen Stadt. Zu kostenfreier Bildung gehört für uns ebenfalls, dass der Zutritt zu sämtlichen Kultureinrichtungen, wie etwa Museen oder der Stadtbibliothek, speziell für junge Menschen kostenfrei wird. Hiermit sind wir bei der Kultur angelangt.

Diese wollen wir als Ganzes weiter stärken. Denn sie stellt den Grundpfeiler, in dem die demokratischen Werte unserer Stadtgesellschaft gestärkt werden. Hier liegt unser Fokus auf der Beibehaltung unserer vielfältigen Kulturlandschaft und der Stärkung subkultureller Institutionen und Vereine. Außerdem beantragen wir die Kürzungen für „Kunst am Bau“ zurückzunehmen. Zudem soll das Lichterfest und die Wochen gegen Rassismus wieder jedes Jahr stattfinden und der Zuschuss für nichtkommerzielle Veranstaltungen nach oben angepasst werden. Wichtig ist uns auch die Rücknahme der Kürzungen von Kinder- und Jugendprojekten der Privattheater.

Oberste Priorität hat für uns der Klimaschutz. Bereits beschlossene Klimaschutzmaßnahmen müssen unangetastet bleiben. Und die Stadt muss weitere Maßnahmen anstoßen, die über unser Klimaschutzpaket hinausgehen. Zu nennen ist hier im Besonderen das klimaneutrale Karlsruhe bis spätestens 2030. Wir müssen alle städtischen Gebäude weiterhin mit autarken Energiequellen ausstatten, wir brauchen Modelle für unsere kommunale Wirtschaft, den selbsterzeugten Strom durch Eigenverbrauch intelligent nutzen zu können. Zu nennen ist gleichermaßen ein gut funktionierender und zuverlässiger ÖPNV. Dazu gehört auch ein gutes Angebot in der Nacht, sowohl unter der Woche als auch am Wochenende. Hierfür beantragen wir ein flächendeckendes Nightliner-Angebot in der Nacht, welches vor allem jungen, feiernden, aber auch früh oder nachts arbeitenden Menschen zu Gute kommen wird. Denn nur so wird es möglich sein, die Menschen vom Auto weg, hin zur S- und U-Bahn zu bewegen. Hier muss endlich gehandelt werden, statt nur zu reden. Denn der eingeschlagene Weg steht konträr zur Mobilitätswende. Die Ticketpreise werden teurer und teurer – und dürfen nun eben nicht noch teurer werden, die Zuverlässigkeit wird dagegen nicht wesentlich verbessert. Aktuell schaffen wir es jedenfalls nicht, die Karlsruherinnen so richtig für den ÖPNV zu begeistern – im Gegenteil. Daher bleiben wir bei unserer Forderung, dass dieser gemeinsam mit dem Ausbau des ÖPNVs – im ersten Schritt – für Inhaberinnen des Karlsruher Passes und für alle bis 25 Jahren kostenfrei werden muss! Bei einem attraktiven Nahverkehrsangebot haben wir die große Chance, dass sich mehr Menschen vermehrt gegen das Auto entscheiden. Auch wenn das mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist. Mittel- bis langfristig muss der ÖPNV in Karlsruhe, von der Gesamtheit bezahlt, für alle kostenfrei werden. Denn nur mit einem verlässlichen und vollumfassenden Nahverkehr gelingt die Mobilitätswende. Das ist tatsächliche **Generationengerechtigkeit**. Denn auch, wenn es aktuell düster aussieht: meine Fraktion ist so optimistisch zu glauben, dass wir das 1,5 Grad – Ziel erreichen können, aber eben nur mit deutlich tiefergreifenden und radikaleren Ansätzen. Denn schaffen wir das nicht, brauchen wir uns auch über **Generationengerechtigkeit** keine Gedanken mehr machen.

Durch das Corona-Virus wird zurzeit viel über Gesundheit gesprochen. Nicht vernachlässigen dürfen wir die psychische Gesundheit, denn auch diese leidet unter der Pandemie und ihren Maßnahmen. Als Beispiel und stellvertretend für alle psychischen Erkrankungen möchte ich die Schlafstörung heranziehen. Jeder muss schlafen und wir alle wissen, wie überlebensnotwendig erholsamer Schlaf ist - Schlafentzug ist unter anderem eine gängige, bewährte und beliebte Foltermethode. Und stellen Sie sich vor, wenn Schlafstörungen Monate, Jahre und Jahrzehnte anhalten. So schutzlos wir im Schlaf sind, so machtlos scheinen wir auch zu sein, einzusehen, dass wir krank sind und Hilfe benötigen, wenn Schlafstörungen zum Dauerzustand werden. Menschen fällt es mitunter am schwersten anzuerkennen, dass sie erkrankt sind, weil das gesellschaftliche Bild entsprechend negativ festgefahren und voller Stigmatisierungen gegenüber psychischer Erkrankungen ist.

Schlafstörung ist eine der häufigsten Symptome, die Diagnosen psychischer Erkrankungen begleitet und einer der wenigen, die wir wohl ausnahmslos alle kennen. Psychische Gesundheit darf gerade jetzt nicht vernachlässigt werden. Meine Fraktion unterstützt daher sämtliche psychosoziale Einrichtungen und solche, die zum Ziel haben, die psychische Gesundheit in unserer Gesellschaft und bei Einzelnen zu verbessern. Auch die Wehrlosesten der Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren ist **Generationengerechtigkeit**.

Auf einer Seite Geld auszugeben, bedeutet auch, auf der anderen Seite weniger ausgeben oder mehr einnehmen zu müssen. Als erstes sei hier gesagt, dass unser eingeschlagener Weg, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Ressourcen zu bündeln, weiter verfolgt werden muss. Denn das spart unter dem Strich viel Geld.

Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, den Kommunalen Ordnungsdienst in Karlsruhe abzuschaffen. Mit ihm erfüllen wir Aufgaben des Bundes und des Landes, für die wir in Karlsruhe keine Mittel haben. Es sollte dringend weiterhin Druck auf andere politische Ebenen ausgeübt werden, dass mehr Polizistinnen ausgebildet und eingestellt werden, die dort eine ordentliche Ausbildung durchlaufen und auch bei tatsächlichen Straftaten eingreifen können. Der KOD kann das nur sehr bedingt und trägt damit kaum zu einer objektiv besseren Sicherheitssituation in unserer Stadt bei. Stattdessen trägt er zu einem teilweise verbesserten subjektiven Sicherheitsgefühl eines kleinen Kreises bei. Aber in Zeiten eines angespannten Haushaltes können wir uns nicht leisten, auf Gefühle einzugehen, wenn die Faktenlage dagegenspricht. Hier können wir viel Geld sparen.

Ebenfalls können wir uns große Teile der „SoKo Schmierfink“ sparen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass hetzerische und diskriminierende Aufkleber und Graffiti aus dem Stadtbild entfernt werden. Wir begrüßen es aber nicht, dass große Graffiti entfernt werden, die durchaus zur künstlerischen Vielfalt innerhalb Karlsruhes beitragen können. Ob Ihnen das gefällt oder nicht, kein Mobil der Welt kann so schnell entfernen, wie Neues dazukommt. Also sollten wir es einfach sein lassen. Ganz zu schweigen davon, wie beispielsweise Mauerwerk oder Unterführungen zurückgelassen werden, nachdem diese gereinigt wurden. Überall bleiben hässliche Spuren zurück und die abgespülten Farbreste bleiben – vor Allem bei großen Graffitiwerken oft tagelang am Standort zurück, bis der Regen diese in unsere Kanalisation spült. Um dem Einhalt zu gebieten, bräuchten wir eine zweite „SoKo Schmierfink“, die anrückt, wenn das eigentliche Team ihre Arbeit verrichtet hat.

Wir sollten unseren Fokus statt auf ordnungspolitische Maßnahmen auf die sozialpolitischen Maßnahmen richten, die betroffenen Menschen tatsächliche Auswege anbieten. Auch wenn das die konservativen Verbotsparteien nicht gerne hören, fordern wir statt Alkoholverboten und Videoüberwachung, mehr Sozialarbeit und den Ausbau des A3 und des DKR. Gesparte Gelder müssen auch hier hin fließen, etwa zur Verlängerung der Öffnungszeiten und Stärkung des Personals.

Einiges Geld sparen können wir auch beim Bauen und Planen. Als die Partei, die noch im Wahlkampf forderte, unserem Ruf der immerwährenden Baustellenhauptstadt gerecht zu werden, tut uns diese Forderung heute besonders weh. Dennoch muss sie sein:

In den beiden folgenden Haushaltsjahren wird kein Geld mehr vorhanden sein für nicht zwingend erforderliche Großbauprojekte. Um uns alle im entscheidenden Moment eines Verwaltungsbegehrens zu geißeln, fordern wir schon heute, dass der Satz für Unvorhergesehenes bei neuen Bauprojekten und Modernisierungen deutlich steigen muss. Fragen Sie sich gerne selbst, ob sie einer Kombilösung, einem Wildparkstadion, einem Staatstheater oder einer Stadthalle auch ihre Zustimmung gegeben hätten, wenn wir von vorneherein mit den nun realen Kosten konfrontiert gewesen wären. Und einmal bei der Fertigstellung eines so breit angelegten Projektes, noch Budget über zu haben, welches zurück in den Stadtsäckel fließt, kann sicherlich so tragisch nicht sein.

Um unseren ÖPNV zu stärken und Verluste unserer Tochtergesellschaften auszugleichen, schlagen wir des Weiteren vor, eine erste und zweite Klasse in unseren Straßenbahnen einzuführen. So gelangt vor Allem das Geld der Gutverdienenden in unsere Stadtkasse. Und wir geben den Reichen und Wohlhabenden als weitere Verlierer der Pandemie etwas zurück. Immerhin sind sie es, die ihrer tagtäglichen Unternehmungslust beraubt wurden. Sie sind es, die das Öffnen von Jahrmärkten, Theaterhäusern und Bordellen erst rechtfertigen. Sie sind die Verlierer dieser Krise, weil sich ihr ganzes Leben abrupt geändert hat, während sich für den ärmeren Teil der Bürgerinnen weniger änderte. Das ist der erste Teil eines großen Maßnahmenpakets, welches wir auf den Weg bringen müssen - mit dem Ziel, wohlhabende Karlsruherinnen bei Laune zu halten und ihnen für ihre gutmütige Unterstützung unserer Wirtschaft zu danken. Außerdem haben Zweiklassensysteme noch nie geschadet, wie unser Gesundheitssystem zeigt.

Ein Dorn im Auge ist uns ebenfalls das Parken in Karlsruhe. Hier liegt viel Geld auf der Straße, das wir nur einsammeln brauchen. Lassen Sie mich ein paar wenige Sätze dazu sagen, was wir vom Parken als Abfallprodukt des Autos halten: 40% aller Unfälle passieren beim Parken, Parken ist also ziemlich gefährlich. Man muss sich das mal vor Augen führen: Im Schnitt geben wir 36.200 € für einen im Schnitt 1.400 kg schweren Metallklumpen mit durchschnittlich 127,9 PS aus. Aber anstatt damit frei wie der Wind im Sonnenuntergang die Küstenstraße entlang zu sausen, parken wir zu 95% der Zeit. Und die restlichen 5% poltern wir angepisst durch den Berufsverkehr. 10 von 60 Minuten am Tag sind wir auf Parkplatzsuche. Der Parkplatzsuchverkehr macht 30% des Stadtverkehrs aus. Haben wir erstmal einen Parkplatz gefunden, steht die Karre anderen im Weg rum. Auf einen normalen Parkplatz passen immerhin ein Baum, eine Bank, zwei Fahrräder und - Vorsicht, die machen Schmutz – einige Menschen. Es ist also festzustellen, dass Parken auch noch sehr unsolidarisch ist, was nicht auch noch durch billige Preise belohnt werden darf. Andersrum wird ein Schuh draus: Parkgebühren müssen wesentlich teurer werden, dass Parken bald noch weniger Spaß macht. Denn wenn das dazu führt, dass sich einige das mit dem Auto oder dem Zweit- und Drittwagen nochmal überlegen, sind wieder ausreichend Parkgelegenheiten für andere vorhanden. Und wenn nicht, bringt es der Stadtkasse wenigstens mehr Einnahmen.

Meine verehrte Anwesenden, lassen Sie mich anfügen, dass die Innenstadt den zu Fuß Gehenden gehört, und der motorisierte Individualverkehr gehört - besser bereits gestern als morgen - aus ihr verbannt. Dass zukünftige Generationen noch frei mit dem Innenstadtraum planen können, dass weiterhin Freiflächen vorhanden sind und dass unsere Stadt nicht flächendeckend vom Verkehr und seinen Ausscheidungen belastigt wird, sondern atmet, das ist für uns tatsächliche **Generationengerechtigkeit**.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich ein kleines Fazit ziehen: Nur Investitionen bringen Stabilität. Diese müssen natürlich kritisch beäugt und zukunftsfähig priorisiert werden. Aber klar ist, dass eine volle Stadtkasse niemandem etwas bringt, wenn bewährte Angebote und Projekte kaputtgespart worden sind. Lassen Sie uns den anstehenden Doppelhaushalt im Zeichen der **Generationengerechtigkeit** also mutig anpacken. Meine Fraktion jedenfalls setzt sich dafür ein, dass kluges Sparen mit nachhaltigem Investieren gepaart wird, bei dem man die Möglichkeiten der Einnahmensteigerung nicht vernachlässigen darf. Die Priorität muss hierbei bei den Handlungsfeldern Umwelt, Nachhaltigkeit, Klima, unserer Sozial- und Kulturlandschaft, Gesundheit sowie bei denen am stärksten durch die Corona-Pandemie eingeschränkten Menschen liegen: den Kindern, Jugendlichen und Familien und sämtlichen einkommenschwachen Personen in unserer Stadt.

Generationengerechtigkeit, meine Lieben, ist keine Einbahnstraße. Auf einer Seite verlangen wir von den folgenden Generationen, dass sie in die Rentenkasse einzahlen, dass sie unsere Gesellschaft bereichern, dass sie Lösungen für Probleme finden, für die selbst wir kaum Ansätze haben und auf der anderen Seite kommen wir selbst den Erwartungen künftiger Generationen nicht hinterher, vor Allem im Hinblick auf den Klimaschutz. Alle Ausgaben müssen stetig auf ihre Auswirkungen bezüglich Nachhaltigkeit überprüft werden. Denn schon jetzt sind die Meere und Ozeane irreversibel zugemüllt, Lebensräume für Mensch - und Tier sowieso - ausgelöscht und ein solches Artensterben wie heute gab es zuletzt, als die Herrscher des Planeten kurz darauf zugrunde gingen (Dinos). Weder weiß ich, wie der Teufel aussieht, noch kann ich sonderlich gut Dinge an die Wand malen aber lassen Sie mich Ihnen sagen - Wenn wir das mit der Generationengerechtigkeit nicht hinbekommen, wird ziviler Ungehorsam zum guten Ton gehören und der Begriff Generationengerechtigkeit eine neue Bedeutung erlangen, eine, die uns vielleicht nicht gefallen wird.